

## Wahlprüfsteine der Fairtrade Town-Initiative Freiberg:

Antworten von Stefan Hartmann (DIE LINKE)

1. Der Klimawandel ist eines der größten Probleme weltweit. Die Auswirkungen spüren wir auch in Deutschland, doch die gravierendsten Folgen sind bereits jetzt im Globalen Süden zu sehen, obwohl dieser am wenigsten zum Klimawandel beiträgt. Welche Maßnahmen planen Sie um den Klimawandel einzudämmen?

Das Themenfeld "Klimawandel" und die notwendigen gesellschaftlichen Reaktionen nimmt im Wahlprogramm der Linken umfangreichen Raum ein. Daher antworte ich dazu zusammenfassend:

- *Wir beschleunigen die Energiewende und steigen so schnell wie möglich vollständig auf Erneuerbare um. Wir wollen den Kohleausstieg bis spätestens 2030. Wir wollen die Energiekonzerne entmachten und eine Energiewende in Bürgerhand, in öffentlichem oder genossenschaftlichem Eigentum.*
- *Für eine klimaneutrale Gesellschaft muss dem Ausstieg aus Atom und Kohle auch ein Ausstieg aus der Verbrennung von fossilem Erdgas folgen. DIE LINKE will dafür ein Erdgasausstiegsgesetz mit verbindlichem Ausstiegspfad und sozialer Absicherung betroffener Beschäftigter und Regionen.*
- *Wir wollen, dass die Bundesrepublik bis 2035 klimaneutral ist. Bis 2030 müssen die Emissionen um mindestens 80 Prozent im Vergleich zu 1990 gesenkt sein. Das Ziel muss im Klimaschutzgesetz festgeschrieben werden. Emissionshandel bietet keinen wirksamen Klimaschutz.*
- *Den Emissionshandel als Leitinstrument im Klimaschutz lehnen wir ab. Primär müssen verbindliche Klimaziele und Emissionsgrenzen den Konzernen klare Vorgaben machen.*

*Förderprogramme und staatliche Infrastrukturprogramme müssen den Umbau unterstützen.*

*- Strom, Gas, Wasser, Heizung dürfen nicht abgestellt werden. Energiesperren, die einkommensarme Haushalte treffen, wollen wir verbieten und ein preisgünstiges Grundkontingent für Strom, Wasser und Heizstoffe einführen.*

*-Wir fordern, dass Umwelt- und Klimaschutz als Erweiterung der Grundrechte in die Verfassung aufgenommen werden. Alle Entscheidungen der Politik und die Verfügung über Eigentum müssen am Gemeinwohl ausgerichtet werden, dazu gehören Klimaschutz und der Abbau von sozialer Ungleichheit.*

*Verbindliche Klimaziele und Emissionsgrenzen müssen den Konzernen klare Vorgaben machen.*

*- Der Staat darf Klimazerstörung nicht weiter mit Steuergeldern unterstützen. Wir fordern darum Divestment, also den Rückzug des Staates aus Finanzanlagen, Investitionen und Subventionen, die in Vorhaben fließen, die der fossilen und atomaren Energiewirtschaft dienen.*

Hinsichtlich der Auswirkungen auf den “Globalen Süden” schlagen wir folgendes vor:

*- Auch Deutschland muss nachlegen und – als einer der Hauptverursacher für den Klimawandel – mehr Mittel für den Globalen Süden bereitstellen, damit dieser seine Entwicklung klimaneutral und gerecht gestalten kann.*

*- Auf UN-Ebene wollen wir einen Kompensationsfonds für die Folgen von Klimawandel und Kolonialismus einrichten, der von den Industriestaaten finanziert wird. In diesen Fonds sollten ehemalige Kolonialmächte mehr einzahlen als andere Staaten. Die entsprechenden Klimafinanztransfers wollen wir jährlich erhöhen.*

*- Solange die Länder im Globalen Süden ihren Eigenbedarf nicht aus Ökostrom decken können, lehnen wir deshalb Wasserstoffimporte aus diesen Ländern ab*

- *Klimagerechtigkeit statt Greenwashing und Ablasshandel! Immer häufiger lagern Industrieländer Klima- und Umweltschutzmaßnahmen, zum Beispiel Waldschutz-initiativen, in den Globalen Süden aus und entziehen sich so ihrer Verantwortung.*
- *Die gezielte Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen wie Ozeane, Regenwälder und Klima bleibt weiter größtenteils ohne rechtliche Folgen. DIE LINKE will die Zerstörer von Umwelt, Klima und Artenvielfalt vor Gericht stellen. Dafür wollen wir die Einführung des Straftatbestandes des Ökozids als Verbrechen ins deutsche Strafrecht und ins Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofes in internationales Recht.*
- *Klimageflüchteten darf das Recht auf Asyl nicht weiter verweigert werden. Um der historischen Verantwortung westlicher Staaten als Hauptverursacher klimaschädigender Treibhausgase gerecht zu werden, wollen wir zudem, dass die EU-Bewohner\*innen von bedrohten Staaten, die durch die Klimakrise unbewohnbar werden, Klimapässe anbietet. Sie sollen zusätzlich und nicht alternativ zu bestehenden Initiativen und Forderungen etabliert werden.*

2. Wollen Sie die Vergabe von Investitionen, Geldanlagen und Fördermitteln der Bundesrepublik Deutschland an die Einhaltung von Menschenrechten und ökologischen Kriterien wie die ILO-Kernarbeitsnormen sowie an Zertifikate und Siegel, die eine soziale und umweltgerechte Produktion unabhängig nachweisen, binden?

*Grundsätzlich: Ja.*

*Darüber hinaus will DIE LINKE will den Finanzsektor auf gesellschaftlich sinnvolle Kernaufgaben konzentrieren. Das sind vor allem Angebote im Bereich Zahlungsverkehr und sicherer Ersparnisbildung sowie die Finanzierung privater und öffentlicher Investitionen. Die Banken sollen auf ein an den*

*Bedürfnissen der Realwirtschaft und der Gesellschaft orientiertes Geschäftsmodell zurückgeführt werden. Mit einer demokratischen Kontrolle der Banken durch Vertreter von Beschäftigten, Gewerkschaften und öffentlicher Hand könnten die Ressourcen der Banken dazu genutzt werden, die Wirtschaft im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung zu lenken. Nur so können die Einlagen der Kleinsparer\*innen geschützt und Gewerbetreibende mit günstigen Krediten versorgt werden. In den Kontrollgremien müssen auch Sozialverbände, Verbraucherschutz- und Umweltverbände und andere zivilgesellschaftliche Akteure vertreten sein.*

3. Wie stellen Sie sich die künftige Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland vor?

*Die Ungleichheit nimmt – trotz Jahrzehnten westlicher »Entwicklungspolitik« – weltweit zu und hemmt wirtschaftliche wie soziale Entwicklung. Die bisherige Entwicklungspolitik ist nicht einfach gescheitert. Sie ist ein Instrument (post-)kolonialer Unterdrückung und Ausbeutung. Entwicklungszusammenarbeit muss endlich Würde und Solidarität in den Mittelpunkt stellen, nicht eigene wirtschaftliche Interessen, – und die zerstörerische Dynamik der grenzenlosen Kapitalverwertung durchbrechen. Dafür wollen wir öffentliche und zivilgesellschaftliche Strukturen stärken. Entwicklungszusammenarbeit muss sich an den Zielen der Partnerländer und ihrer Gesellschaften orientieren und sie dabei unterstützen, eigenständige Entwicklungswege zu beschreiten. Die ungleiche Einbindung der Länder in den Weltmarkt verstärkt die wirtschaftlichen Krisen und schwächt die Länder des Globalen Südens auch politisch. Unser Plan für eine solidarische Entwicklungsarbeit:  
- Frauen und Mädchenrechte stärken – Gesundheit und Bildung für alle weltweit! Wir wollen den universellen Zugang zu einer effektiven, hochwertigen und bedürfnisorientierten Gesundheitsversorgung, inklusive dem Zugang zu den eigenen*

*sexuellen und reproduktiven Rechten, zu einem Ziel der deutschen und europäischen Entwicklungszusammenarbeit machen. Wir wollen eine flächendeckende öffentliche, kostenfreie und qualitativ hochwertige Grundbildung für alle Menschen.*

*- Recht auf Nahrung und sauberes Wasser für alle! Ernährungssouveränität und soziale Sicherheit sind das Fundament von Sicherheit und Stabilität. Dazu müssen Nahrungsmittelmärkte vor Ort und agrarökologische Anbaumethoden gestärkt werden, die die bäuerliche Vielfalt erhalten und die Pflanzen- und Tierwelt schützen. Der Missbrauch von Agrarentwicklungsprogrammen durch transnationale Konzerne muss beendet werden. Der Export von hochgefährlichen Pestiziden muss verboten werden.*

*- Schluss mit Ausbeutung im Gewand der Entwicklungszusammenarbeit! Entwicklungsgelder dürfen nicht mehr als Investitionsanreize für deutsches oder internationales Kapital missbraucht werden. Initiativen wie den Marshallplan mit Afrika oder Compact with Africa wollen wir einstellen.*

*- Entwicklungsfinanzierung aus öffentlicher Hand! Das Geld für Entwicklungszusammenarbeit muss aus öffentlichen Mitteln stammen. Den undemokratischen Einfluss privater Stiftungen und großer Kapitalgeber wollen wir ebenso beenden wie öffentlich-private Partnerschaften. Das Instrument der Budgethilfe wollen wir stärken. Die Gelder für Entwicklungszusammenarbeit wollen wir auf die zugesagten Summen anheben.*

*- Nicht nur mehr, sondern anders! Wir wollen, dass sich Entwicklungszusammenarbeit an den Bedürfnissen der Menschen in den ärmeren Ländern orientiert – anstatt weiter vor allem den Interessen europäischer Unternehmen zu dienen! Die Verzahnung von Entwicklungs- und Sicherheitspolitik im Sinne des sogenannten Grenzschatzes und der Migrationskontrolle lehnen wir ab. Abschottung ist keine Entwicklungspolitik! Geld soll den Ländern des Globalen*

*Südens zur Verfügung gestellt werden, um eine eigenständige Entwicklung zu ermöglichen.*

4. Aktuell sind viele Länder des Globalen Südens medizinisch unterversorgt, was sich besonders in der Corona-Pandemie zeigt, wo etwa in Afrika kaum Impfstoffe ankommen. Sind Sie dazu bereit künftig in Pandemiesituationen auf eine Freigabe des Patentschutzes zu drängen, wenn es der globalen Gesundheitssituation zu gute kommt?

*DIE LINKE fordert in diesem Zusammenhang die Freigabe der Patente - und mit Sicherheit ist dies auch für vergleichbare andere Situationen in der Zukunft unsere Position. Gesundheit ist keine Ware, sondern Menschenrecht.*

5. Wie stehen Sie zum „Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten“? Geht Ihnen das in diesem Jahr beschlossene Gesetz zu weit, finden Sie es genau richtig oder würden Sie die Unternehmen für ihr Handeln noch stärker in die Verantwortung nehmen?

*Wir fordern ein Lieferkettengesetz, das seinen Namen verdient. Das Gesetz der Bundesregierung lässt zu viele Lücken. Unternehmen ab 250 Mitarbeiter\*innen sowie kleine und mittlere Unternehmen in Risikobranchen müssen verpflichtet werden, entlang ihrer gesamten Wertschöpfungsketten Menschenrechtsverletzungen, Kinderarbeit und Umweltzerstörungen auszuschließen. Das beinhaltet eine wirksame zivilrechtliche Haftungsregel, um die Rechte von Betroffenen zu stärken und die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Eigenständige umweltbezogene Sorgfaltspflichten, der Einbezug von betroffenen Personengruppen in Entscheidungsprozesse sowie Maßnahmen zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit müssen viel stärker gefördert werden.*